

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: G. B. K. Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Woll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Raumzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Raumzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 95

Dresden, Mittwoch den 23. April 1924

35. Jahrg.

Dein Spartassenbuch!

Da drinnen steht aufgeschrieben deine Arbeit, dein Fleiß von so und so viel Jahren. Und was ist das heute wert?

Einen Dreck!

Und warum? Weil der Jude aus Oesterreich, Sr. Excellenz der rote Finanzminister a. D. Genosse Hilferding die Mark in Grund und Boden getwitschelt hat, den „Hilferdingrubel“ aus ihr machte.

Als Hilferding das Finanzministerium übernahm, fand der Dollar auf „... als er endlich ging, auf ...“

Die sozialdemokratische Finanzwirtschaft brachte mit ihrer Inflation namenloses Elend ins Land.

Hilferdings Idee, die Rentenmark, rettete und vor dem Schlimmsten.

Wenn ihr die Wiederkehr des Inflationselephanten, wenn ihr die Wiederkehr der roten Finanzwirtschaft verhindern wollt, dann wählt am 4. Mai Deutschnational!

So sieht ein Flugblatt aus, das die Deutschnationalen verbreiten wollen.

Als Genosse Hilferding Finanzminister wurde, trat er die harte Erbschaft des mit den Deutschnationalen engbefreundeten Herrn Cuno an, während dessen Regierungszeit (21. November 1923 bis 12. Dezember 1923) der Dollar von 6159 Mark bis 3,9 Milliarden Mark

mit Hilfe des deutschnationalen Reichsbankpräsidenten Hagenbach emporgetrieben wurde. Und warum diese Geldentwertung? Die bürgerlichen Parteien, allen voran die Deutschnationalen, ließen den Verlangern, die Kapitalisten gehörend zu den Steuerlasten heranzuziehen, erbitterten Widerstand. Immer, wenn neue Steuern eingeführt werden wollten, hielt der deutschnationale Führer Hilferding entristete Reden über Vermögenskonfiskation. So lag die Hauptlast der Steuern auf den breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Anteil der Massenbelastung, das sind die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Zölle und Verbrauchssteuern, an dem Gesamtaufkommen von Steuern betrug im Jahre 1923:

im Januar	50 Prozent,
• Februar	73
• März	78

für die Sozialdemokratie!

Der Lohnabzug allein brachte fast ein Drittel des gesamten Steueraufkommens. Die Einkommensteuer allein wurde zuletzt fast nur noch durch die Lohnsteuer aufgebracht. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer nahm ständig ab. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen an Einkommensteuer betrug:

April bis September 1922	57 Prozent,
Oktober 1922	72
November 1922	76
Dezember 1922	82
Januar 1923	90
Februar 1923	94
März 1923	96

Das Steueraufkommen aus der Besitzbelastung ging deshalb dauernd zurück, weil es die Besitzenden verstanden, die Zahlung der Steuern bis zur Zeit des tiefsten Standes der Mark zurückzuhalten. Der völlig entwertete Betrag stellte dann nur noch einen Bruchteil der Belastung dar, die ihnen im Geleitzubüßte war. So brachten zum Beispiel alle Besitztümer im Januar 1923 nur ein Achtel des Betrages, der in einem einzigen Monat allein durch den Lohnabzug aufgebracht wurde.

Die Reichsausgaben, besonders aber die Kosten des Ruhrkrieges, wurden in der Hauptsache durch die Rentenpresse

„gedeckt“. Kein Wunder, daß unsere Mark immer tiefer und tiefer sank. Die großen Herren von der Industrie, die Stinnes und Konort, erhielten von der Reichsbank billige Papiermarkkredite, die sie zum Ankauf von Sachwerten verwendeten, während sie ihre Schulden in entwertetem Papiergeld zurückzahlten. So haben diese Großkapitalisten in der Zeit der größten Not des Volkes viele Milliarden Goldmark

verdient. Den kleinen Sparern aber gingen ihre sauererwarteten Ersparnisse durch die Geldentwertung verloren. Es ist auch nicht wahr, daß Hilferding der Vater der Rentenmark ist. Hilferding hatte vielmehr eine Koggenmark vorgeschlagen. Würde es noch ihm gegangen, so würde unser Geldwert alle Schwankungen der Koggenpreise mitmachen. Die Sozialdemokratie hat stets gefordert, daß durch eine gebührende Belastung der Reichen der Geldentwertung ein Riegel vorgeschoben wird. Die Schuld an der Entwertung der Spargelder tragen die bürgerlichen Parteien, allen voran die Deutschnationalen, die die Mißwirtschaft der Cuno und Hagenbach nicht nur gebildet, sondern auch begünstigt haben. Der 4. Mai muß ein Tag der Abrechnung sein. Jeder, der durch die kapitalistische Steuerdrückerei geschädigt ist, muß an diesem Tage seine Stimme abgeben

Bei den Kommunisten

Von Paul Rebi.

Wer es unternimmt, die Literatur der kommunistischen Bewegung in Deutschland um das Jahr 1923/24 zu studieren, magne seine Seele mit Geduld. Und selbst wer es in dieser Tugend zu dem Höchsten bringt und sich müht und liebt: das meiste wird dem „menschenwürdig“ angetrauten Verstande unverständlich erscheinen. Man kann getrost sagen: die kommunistische Lehre ist auf dem Wege, eine Kadabra zu werden, die schließlich nur einem kleinen Kreise Eingeweihter verständlich wird. Das zeigt sich schon rein äußerlich. Die Ausdrucksweise aller Redner und Schriftsteller wird eine Stereotype. Da wird nicht mehr irgendein Problem gesehen: es wird nur noch „disiert“. Der eine „disiert“ auf die Bourgeoisie, der andre „disiert“ auf den „Faschismus“, der dritte „disiert“ auf Stinnes und so fort: in ihrer eigenen Literatur erscheint einem die kommunistische Partei als eine Versammlung von Jurisconsulten, von denen jeder seinen eigenen Tagesbrot sich auf's Korn nimmt. Die Bewegungsform der Geschichte wird für alle diese Gelehrten zu einem Anlaß des preussischen Exzerptierreglements mit angehängter Felddienstreife: da geht die Rede von Vorwort und von Haupt- und vom Gros und „zurücklassen“ und „heranholen“ und von Vorhängegeheimen und all den schönen Dingen, die vor zehn Jahren begannen, wissenschaftliches Allgemein- gut des deutschen Stammtischbüßers zu werden. Und unter der Wucht dieser harten Formalisierungen gewinnen auch die politischen Geschehnisse und Bekaltungen ihre Form. Es wird alles katalogisiert, formuliert, typisiert, und damit verzerert, facit und aus der einzig bewegten Luft des freien Lebens in die Stille jener Stuben geschleppt, in denen weise Männer sich ehemals unterhielten über schwere Fragen, als beispielsweise, ob die Engländer männlich oder weiblich von lieben Gott geschaffen seien. In dieser stillen Luft wird: Hitler zum deutschen Völkchenführer, Seckel zum deutschen Reichsminister, Scheidemann zum deutschen Reichspräsidenten, alle deutschen Verhältnisse werden, offenbar um die Verhältnisse denen zu erleichtern, die über die deutsche Revolution zu Gericht sitzen, auf russische Typen reduziert; die ganze russische Revolution ist bereits in einer deutschen Widerbogenspanne reproduziert, nur ein deutscher Lenin ist noch nicht gefunden. Darüber, wer er sei, geht jetzt der Streit. Refusos entsetzt, ward er bei genauerem Zusehen immer als „Verdächtig“, „desmaskiert“, und zur Zeit befindet sich die K. P. D. wieder in einer bewegten „Demaskierungskampagne“.

Diese Demaskierungskampagne knüpft an die Ereignisse des vergangenen Oktobers. Es fällt nicht leicht, aus der kommunistischen Literatur herauszubekommen, worum es hier geht. Alle Zeitungen, alle Resolutionsblätter, alle Artikel, alle Reden sind voll von der „Oktoberniederlage“ und man wird, wenn man das alles liest, an das Wort des Generals Koch erinnert, daß in einem Kriege der geschlagen ist, der zuerst glaubt, daß er geschlagen sei. Gewiß ist, daß das Gesamtregiment im vergangenen Oktober eine Niederlage erlitten hat. Doch aber die K. P. D. im besonderen eine vernichtende Niederlage erlitten hat, das ist erst dem verständlich, der die internen Vorgänge der Partei im vergangenen Herbst kennt. Und diese sind folgende. Die kommunistische Partei in Sachsen lebte im vergangenen Sommer vom vergänglichsten Brot der Opposition. Sie hat, wie sie in einer vertraulichen Broschüre über ihre Stellung zur Oktoberbewegung schildert und skizziert, innerhalb von dreierhalb Jahren die S. P. D. zur Abhaltung von drei Landesparteitagen „gezwungen“. Stolz auf so hohen Triumph bereitete sie im Spätsommer 1923 den Sturz des Stabinschen Regimes vor“. In dieser Absicht gegen das Stabinsche Regime stand die K. P. D. nicht allein. Während sie, die K. P. D., den Sturz des Regiments Seigner vorbereitete durch „eine verhängte (!) Demaskierungskampagne gegen den linken sozialdemokratischen Führer“, bereitete die Berliner Regierung den Übergang zum neuen Staat vor. Und während so beide, General Seckel und General Böhler, Staatsmann Stresemann und Staatsmann Seckel, sich gemeinsam mühten und plagten, den verhassten Seigner zu werfen, während die „linken Sozialdemokraten“ den Druck von Berlin fühlten und den Versuch machten, sich auf die gesamte proletarische Masse, die Kommunisten eingeschlossen, zu stützen, während die Seckel-Böhler sich schon die Hände rieben, daß sie jetzt dem bekrännten Regiment Seigner die Unterstützung verweigern könnten, fiel der Blitz aus heiterem Himmel. Aus Berlin kam ein rettender Fatale nach Dresden, der die sächsischen Kommunisten antrieb, in die sächsische Regierung einzutreten. „Und zwar bedingungslos“, schreibt jene Broschüre. Die sächsischen Kommunisten weigerten sich. Weiter heißt es in der Broschüre: Die verantwortlichen Genossen in Sachsen waren gegen diesen Schritt. Ein Vertreter der Zentrale, der mit den sächsischen Genossen verhandelte und einen Beschluß auf Eintritt herbeizuführen sollte, kehrte das erste Mal ergebnislos nach Berlin zurück, weil er die Widerstände bei den sächsischen Genossen gegen diesen Schritt nicht zu überwinden vermochte. Auf dem zweiten Antriebe gelang es der Berliner Zentrale. Die sächsischen Genossen waren aus dem vergnügten Zustand der Opposition, sehr gegen ihren Willen, aufgeschreckt.

II. War das ein Zeichen irgendeiner in Berlin dümmenden Vermutung gewesen, daß von dort so plötzlich kategorische Befehle kommen würden? Mitnichten. Berlin handelte als ausführendes Organ: der wirkliche Befehl kam aus Moskau und die jetzt ausgedehnte Debatte in der K. P. D. hat den Originalbefehl aus Tageslicht gebracht, auf Grund dessen die Berliner samt den sächsischen Kommunisten so plötzlich anders handelten. Er lautet folgendermaßen:

„Da wir (in Moskau) die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment als in vier-fünf-sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar auszuhalten ist, sofort zu begeben. Auf Grund der Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch stellen. Sofort Bewaffnung von 50-60.000 Wörtern durchzuführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.“

Das war der Lagebefehl, auf Grund dessen Berlin und Dresden einzuweichen. Man kommt nicht ein hinteres Rädeln an, wenn man hier, wie Moskau, von Moskau aus, beschickt, 50.000 bis 60.000 Arbeiter zu bewaffnen und „den General Müller zu ignorieren“. Ist es nicht derselbe groteske Witz, wie wenn ein Feldherr dem unteren General befiehlt, den Feind als nicht existierend zu betrachten? Wir sagen hier nicht, welches die Fehlerquellen sind, die den Moskauer Generalbefehl zu einem so lächerlichen Mißverständnis der Deutschen

Das Ringen in der Repto

Poincarés Sadatogeverträge am Sachverständigenrat hatten sich bis zu einem Schreiben an den Vorsitzenden der Repto. Barthou, verdrängt. Es gipfelte in der Erklärung, daß die französische Regierung jede Änderung des gegenwärtigen Regimes in den besetzten Gebieten davon abhängig mache, daß Deutschland innerhalb der Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen begonnen habe. Erst wenn das neue Kommissionsmitglied zu funktionieren begonnen haben werde, wenn die Reorganisation der Eisenbahnen gemäß den Vorschriften der Experten durchgeführt, die von der deutschen Industrie zu beizubehalten und zu integrieren Bedingungen der Reparationsliste übergeben und alle zur Durchführung des Sachverständigenprogramms erforderlichen Gesetze dem Reichstag verabschiedet seien, könne man gegen andere nicht minder wichtige und von der Gesamtheit der Alliierten garantierte Sicherungen verlangen.

Diese Verdrängung der Ausführung des Gutachtens soll Barthou zu weit gegangen sein, so daß er eine Interredung mit Poincaré hatte, worauf die Veröffentlichung des Gutachtens unterdrückt wurde. Offiziell wird erklärt, Barthou und Poincarés hätten Übereinstimmung erzielt.

Paris, 22. April. (Fig. Draht.) Die Reparationskommission tritt am Mittwoch zu einer neuen Sitzung zusammen. Um zunächst die Antworten der alliierten Regierungen auf das von der Kommission dem Gutachten der Sachverständigen beifolgende Empfehlungsschreiben zur Kenntnis zu nehmen. Der Reichstag Barthou, den Standpunkt der französischen Regierung zu veranschaulichen, dürfte auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Der Vertreter Englands, Sir John Stothard, hat bereits in der letzten Sitzung seinen Zweifel geäußert, daß er die Auffassung Barthou, wonach die Verträge der Sachverständigen ein unteilbares Ganzes bilden, d. h., daß die Durchführung der Reparationsbedingungen die gleichzeitige Erfüllung der französischen politischen Aufgaben voraussetzt, ablehnen würde. In dem Ausmaß eines solchen Konflikts zu vermeiden, dürfte der Reparationskommission kaum eine andere Möglichkeit als die einer bilateralen (zweigliedrigen) Entscheidung bleiben. Sie wird sich unter diesen Umständen voraussichtlich am Mittwoch auf die Entscheidung des von ihr zu bestimmenden Mitgliedes der verschiedenen Organi-

sationskommissionen beschränken. Das Komitee für die Eisenbahnen soll aus fünf Delegierten zusammengesetzt sein, von denen die Reparationskommission zwei zu ernennen hat. Die Wahl der vom Komitee Dames vorgeschlagenen Sachverständigen Ratoworth und Reberwe gilt als gesichert. Das Komitee für die Organisation der deutschen Geldemissionen soll aus zwei Mitgliedern zusammengesetzt werden, von denen der eine der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sein dürfte.

England fordert sofortige Durchführung!

London, 22. April. (Fig. Draht.) Eine am Dienstag veröffentlichte Neuter-Weltung besagt, daß die englische Regierung am Donnerstag der Reparationskommission offiziell antworten wird. In den maßgebenden englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß schnellstens mit der Durchführung des Sachverständigenprogramms begonnen werden müsse. Später könnten sich die Alliierten mit den andern Fragen, der Feststellung der Totalsumme der Reparationen und der Sicherheiten beschäftigen. Eine Konferenz der intervenierten Regierungen über eine Begegnung der Ministerpräsidenten wird vor den französischen Vätern für mehr als unwahrscheinlich gehalten.

Die Feststellung der Neuter-Agentur, daß die englische Regierung auf eine schnelle Durchführung des Sachverständigenprogramms besteht, und Teilfragen erst später behandelt werden soll, ist zweifellos als Indikator auf die Neuverfassung von Poincarés einengenommenen Haltung zurückzuführen. Die englische Regierung sieht sich von dem französischen Standpunkt, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse bis nach dem Beginn der Ausführung der Vorarbeiten zu verschieben, nicht an, sondern verlangt im Gegenteil schnelle Durchführung der Vorarbeiten. Darüber hinaus besteht noch ein anderer Grund, weshalb die englische Regierung London meldet, neben der sofortigen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands als Voraussetzung zur Erfüllung der dem Reich auferlegten Lasten auf die Ausführung der Verträge in ihrer Gesamtheit. Die von Poincaré in einem Brief an Barthou als Kopplungen der Reparationskommission geforderte sofortige Ausführung der Reparationsleistungen in Rede, werden sofort auszuführen werden sollen, oder erst umzuwandeln sein, wenn Verhandlungen über den Sachverständigenrat zur Ausführung gebracht habe, dürfte im Gegensatz mit Rücksicht auf die Haltung Englands und der andern in der Reparationskommission vertretenen Mächte und weiterer Wahrscheinlichkeit im Sinne der Sachverständigen entgegen zu werden.